

Antrag

der Fraktion DIE LINKE

Elternbeitragsfreies Ticket für den Weg vom Wohnort zur Schule und zurück für alle Schülerinnen und Schüler in Brandenburg

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die Voraussetzungen für die Einführung eines elternbeitragsfreien Tickets für den Weg vom Wohnort zur Schule und zurück für alle Schülerinnen und Schüler beginnend mit dem Schuljahr 2021/2022 zu schaffen,
2. in Abstimmung mit den Landkreisen und kreisfreien Städten unter Einbeziehung des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg ein Finanzierungskonzept zu erstellen und die notwendigen Finanzmittel in die Haushaltsplanung des Landes ab dem Jahr 2021 einzustellen,
3. im Zuge der Einführung dieses elternbeitragsfreien Tickets für alle Schülerinnen und Schüler durch Änderung des Schulgesetzes auch die in Teilen des Landes geltenden Mindestentfernungen für die Ticketberechtigung aufzuheben.

Begründung:

Aufgabe des Landes Brandenburg ist es für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen. Dazu gehört, dass alle Schülerinnen und Schüler unabhängig vom Geldbeutel der Eltern und unabhängig vom Wohnort gleiche Zugangschancen zu Bildung und Teilhabe haben. Das elternbeitragsfreie Ticket für Fahrten vom Wohnort zur Schule und zurück für alle Schülerinnen und Schüler ist eine entscheidende Maßnahme, um dieses Ziel zu verwirklichen.

Brandenburg sollte dem Beispiel Berlins folgen, wo bereits seit dem 1. September 2019 das Gratis-Ticket für Schülerinnen und Schüler im gesamten Stadtgebiet gilt.

Mit dem elternbeitragsfreien Ticket vom Wohnort zur Schule und zurück würde Brandenburg familienfreundlicher und alle Schülerinnen und Schüler mobiler. Dieses Ticket ist als erster Schritt zu verstehen, um in den folgenden Jahren Mobilität im gesamten Brandenburger ÖPNV-Netz für alle Schülerinnen und Schüler gratis zu sichern.

Zurzeit gibt es in den Landkreisen und kreisfreien Städten unterschiedliche Lösungen zur Finanzierung von Tickets für den Schulweg. Der Schülerinnen- und Schülerverkehr ist Aufgabe der Landkreise und kreisfreien Städte. Die Landesregierung soll dafür sorgen, dass bei den neuen Tickets Gerechtigkeit für alle und damit eine einheitliche Handhabung geschaffen wird. Sie wird daher beauftragt, die notwendige finanzielle Unterstützung zu gewährleisten und mit den kommunalen Aufgabenträgern konzeptionelle Überlegungen zu erarbeiten.

Überschlägig handelt es sich um einen Finanzbedarf, der im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2021-2022 in Abhängigkeit von den konzeptionellen Vereinbarungen einzuplanen wäre.